

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 6 (1980)
Heft: 1

Artikel: Von der Aktualität der Familienpolitik
Autor: Streckeisen, Ursula / cs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-359179>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

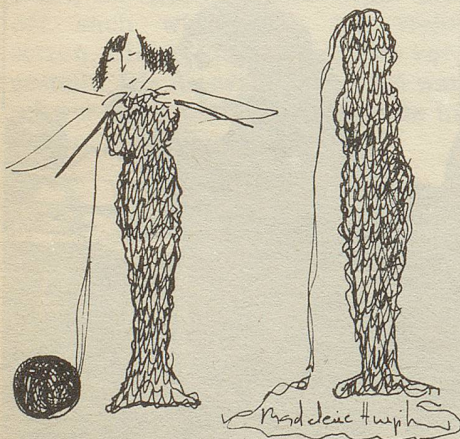
VON DER AKTUALITÄT DER

Familienpolitik

Es ist wohl am zweckmässigsten, unter "Familienpolitik" alle Politik zu verstehen, die irgendwie mit der Familie (heute: Kleinfamilie) zu tun hat. Familienpolitik wird betrieben, wenn "Ja zum Leben" Aktivitäten zur Förderung der Geburten entwickelt, aber auch, wenn Feministinnen Mittel und Wege zur Überwindung der Institution Familie suchen.

In der Schweiz existiert im Gegensatz zu vielen andern Ländern kein Familienministerium oder ähnliches Organ. Ein Minimum an entsprechenden Aufgaben nimmt die 1965 geschaffene Sektion Familienschutz des Bundesamtes für Sozialversicherung wahr (z.B. Kontakt mit der europäischen Familienministerkonferenz). Trotzdem wird auch in der Schweiz Familienpolitik gemacht.

Lange Zeit war Familienpolitik von christlich-kirchlichen Interessen bestimmt (Kinder, Kirche, Küche), doch seit den 60er Jahren hat ein neuer Trend eingesetzt. Ein Zeichen dafür ist in der Revision verschiedener Teile des Zivilrechts zu sehen (zuerst Kindsrecht, jetzt Ehe-recht, später Scheidungsrecht). Diesen und weiteren Massnahmen ist gemeinsam, dass sie in Richtung gesetzlicher Gleichberechtigung von Mann und Frau sowohl inner- als auch ausserhalb der Familie weisen.



Es ist kein Zufall, dass sich diese Tendenzwende im Verlauf der 60er Jahre vollzogen hat: Unter den Bedingungen des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Beschränkung der Immigration (1964) und Erhöhung der Verheiratenquote benötigte das Beschäftigungssystem immer mehr Ehefrauen und Mütter. Die Doppelbelastung der Frauen erfuhr einen Aufschwung, wurde aber als "Emanzipation" und "Gleichberechtigung" verkauft. Damit möchte ich zeigen, dass die herr-

schende Familienpolitik einer doppelten Bestimmtheit unterliegt: 1. Aufrechterhaltung der innerhäuslichen Gratisarbeit der Frauen, 2. Bedarf an weiblichen Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt. Die beiden Momente können zueinander in Widerspruch geraten.



FAMILIENPOLITIK DER FRAUENBEWEGUNG?

Mit ihrem ersten Slogan "Auch das Private ist politisch" hat die neue Frauenbewegung gezeigt, dass die Kleinfamilie die zentrale patriarchalische Institution unserer Gesellschaft darstellt; sie hat begriffen, dass dieses Private an die politische Öffentlichkeit gebracht und radikal verändert werden muss.

Angesichts der vielen familienpolitisch aktuellen Fragen müssen wir uns selber beim Wort nehmen und handeln! Es gilt einzugreifen in die öffentliche Diskussion über Ehe- und Scheidungsrecht, Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau", 10. AHV-Revision, um klarzumachen, wie begrenzt, v.a.: wie ambivalent diese Neuerungen sind. Liberale Gesetze und Verfassungsartikel verändern die Anstellungspraxis der Unternehmer nicht, und sie dämmen die Gewalt von Männern gegen Frauen nicht ein. Die Situation im Ausland zeigt es. Eher verschleiern solche geschriebenen Sätze die Realität!

Um solches aufzuzeigen und für eine wirkliche Verbesserung der Situation der Frauen zu kämpfen, brauchen wir eine starke Frauenbewegung, die nicht politisch unbegründet gespalten ist. Das Patriarchat ist viel zu mächtig, als dass wir es uns leisten könnten, auf konkreten Themen nicht vermehrt zusammenzuarbeiten! Ich hoffe, dass die Familienpolitik-Tagung vom 23./24. Feb. in Bern ein diesbezüglicher Erfolg wird.

Ursula Streckeisen

Gleiche Rechte für Mann und Frau

FRAUEN SOLLEN WARTEN

(cs) Der Bundesrat lehnt die Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" ab und unterbreitet dem National- und Ständerat statt dessen einen Gegenvorschlag. Dabei geht es weniger um den Inhalt der Initiative, sogar die Herren Bundesräte finden die Anliegen des Volksbegehrens berechtigt und geben zu, dass es in der Schweiz noch zahlreiche Benachteiligungen der Frauen gibt. Es stört den Bundesrat vielmehr, dass die Frauen schon innerhalb von fünf Jahren die Abänderung von diskriminierenden Gesetzen verlangen. Die Absicht des Bundesrats ist klar, die Gleichberechtigung soll auf eine ferne Zukunft verschoben werden, Gesetze werden nur dann nach dem Prinzip der Gleichberechtigung abgeändert, wenn es dem Bundesrat gerade passt. Und sehr eilig haben es diese Herren nicht, wenn es um die Anliegen der Frauen geht, wir warten ja schon seit 35 Jahren auf die Mutterschaftsversicherung, obwohl sie in der Verfassung verankert ist.

Von bürgerlichen Parteien erhalten die Frauen nun die Empfehlung, die Initiative doch zurückzuziehen, der Gegenvorschlag verwirkliche ja weitgehend die Forderungen nach Gleichberechtigung. Mit dem Unterschied allerdings, dass wir anstatt fünf Jahren wohl noch fünfzig Jahre auf eine gesetzlich verankerte Gleichberechtigung warten müssen.

